

Niederlande: Mit erneuertem »Polder-Modell« aus der Flaute?

34

Oscar-Erich Kuntze

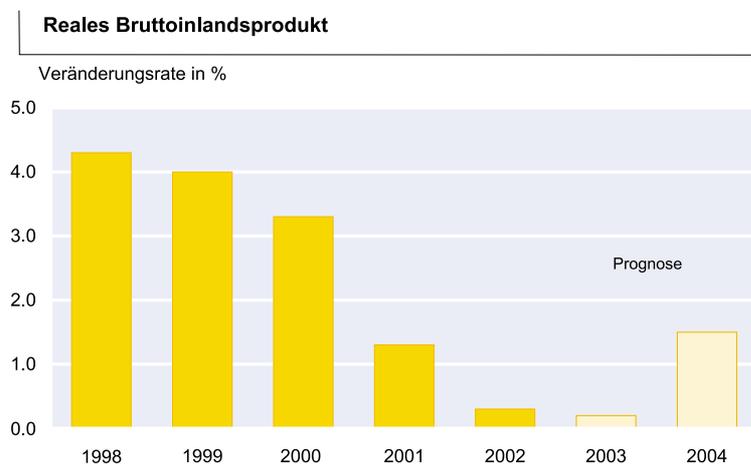
Annähernd stagnierendes Wirtschaftswachstum im Verlauf von 2002. Konjunkturelle Besserung erst ab zweitem Halbjahr 2003 zu erwarten. Allmähliche Beschleunigung von Nachfrage und Produktion 2004. Geldpolitik stimuliert bis ins Jahr 2004 hinein. Finanzpolitik auf restriktivem Kurs. Einkommenspolitik stellt auf moderaten Lohnanstieg ab. Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar wirkt retardierend. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich erheblich. Der zuvor ausgeprägte Preisauftrieb lässt deutlich nach. Die Leistungsbilanz bleibt im Plus.

Das politische und soziale Umfeld wurde 2002 und in den ersten Monaten 2003 dominiert von zwei Parlamentswahlen, der Demission eines Kabinetts sowie den Wahlen zu den Provinzvertretungen. Die Konzentrierte Aktion – Basis des »Polder-Modells« – zur Mäßigung der aus dem Ruder gelaufenen Lohn- und Preisentwicklung gewinnt wieder größere Bedeutung.

Das Land wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 mit politischen Kapriolen konfrontiert, die teilweise Formen einer Posse annahm. Bereits im Vorfeld, aber auch im Ergebnis waren die im Mai durchgeführten Parlamentswahlen ungewöhnlich verlaufen. Zuvor war die fast acht Jahre lang regierende »violette Koalition« aus Sozialdemokraten, Rechtsliberalen und Linksliberalen auseinandergebrochen und zurückgetreten. Bereits 2001 hatten sich in der Koalition Risse gezeigt, die immer breiter wurden. Aus den Reichstagswahlen vom Mai 2002 ging die erst wenige Wochen vorher gleichsam aus dem Nichts entstandene, mehr Bewegung als Partei verkörpernde, Liste Pim Fortyn (LPF), de-

ren Vorsitzender einige Tage vor dem Urnengang ermordet worden war, mit 17% der Stimmen und 26 der 150 Parlamentsmandate hervor. Zu den Gewinnern zählte auch der über Jahrzehnte bis in die neunziger Jahre hinein als tragende Kraft der niederländischen Politik agierende, aber auch nach acht Jahren Opposition noch nicht wieder gefestigte Christen Demokratisch Appel (CDA). Er legte kräftig auf 43 Abgeordnete zu und stellte mit Abstand die meisten Abgeordneten. Die bisherigen Regierungsparteien mussten hingegen herbe Verluste einstecken. Aus dieser Konstellation ging im Juli eine von Premierminister Balkenende geführte Mitte-Rechts-Regierung aus CVA, LPF sowie der widerwillig mitmachenden rechtsliberalen Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) hervor. Sie hatte in der Zweiten Kammer mit 92 Sitzen zwar eine komfortable Mehrheit, stand aber gleichwohl auf schwachen Beinen. Ihr neuralgischer Punkt war die gleich nach dem Tode ihres Gründers und Vorsitzenden bis zur Groteske zerstrittene, führungslose, sich inkompetent zeigende und rasch an Popularität verlierende LPF. Die Regierung Balkenende war denn auch schon nach drei Monaten am Ende. Vorausgegangen war ein die Regierungsarbeit lahmlegender Machtkampf zweier vom LPF gestellter Minister, welcher den Rücktritt des Kabinetts auslöste.

Die vorgezogenen Parlamentswahlen vom Januar 2003 – der Wahlkampf wurde nicht von wirtschaftspolitischen Fragen, sondern von Problemen der inneren Sicherheit, der Immigration sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens dominiert – brachten eine Verschiebung der politischen Gewichte von Mitte-Rechts zur Mitte hin und sahen zwei Sieger: Die CDA vermochte ihre starke Stellung zu halten,



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

und die Partij van de Arbeid (PvdA), welche ein Jahr zuvor die schwerste Niederlage ihrer Geschichte einstecken musste, konnte ihre Mandatszahl fast verdoppeln und liegt damit nur mehr knapp hinter dem CDA. Auch die VVD legte zu, während die anderen Parteien – vor allem die LPF – verloren. Koalitionsverhandlungen zwischen CDA und PVDA unter ihrem neuen Vorsitzenden Bos zerschlugen sich nach zweieinhalb Monaten. Im Mai wurde eine Koalitionsregierung aus CDA, VVD und den linksliberalen Demokraten 66' gebildet, wieder unter Balkenende. Dessen Reputation ist allerdings durch den Abbruch der Koalitionsgespräche mit der PvdA und der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit auch innerhalb seiner Regierungen angeschlagen. Auch hat die Koalition mit 78 von 150 Abgeordneten nur eine knappe Mehrheit im Parlament.

Gestärkt worden war der Ministerpräsident jedoch im März durch die Ergebnisse der **Wahlen zu den Provinzparlamenten**, in denen sein CDA zulegen konnte. Noch deutlicher gewann freilich die PdA hinzu, welche die VVD als zweitstärkste Partei ablösten. Diese, wie auch fast alle kleineren Parteien, verloren spürbar an Stimmen – auch hier also ein Spiegelbild der Reichstagswahlen vom Januar.

Die zwei Jahrzehnte lang praktizierte und eine Grundlage der langjährigen wirtschaftlichen Prosperität bildende konsensuale Einkommenspolitik, die zur Jahrtausendwende bei aus dem Ruder laufenden Lohn- und Preisentwicklungen in eine Schiefelage geraten war, wird seit Herbst 2002 wieder ernster genommen. Regierung und Tarifpartner einigten sich für 2003 auf relativ moderate Tariflohnhebungen, seitens der Regierung flankiert durch Abgabenerlastungen.

Die **Wirtschaftspolitik** steht vorrangig im Zeichen einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die in den letzten Wahlkämpfen von allen Parteien befürwortet worden war, allerdings – den momentan wichtigsten Anliegen der Bevölkerung entsprechend – der im gleichen Atemzug mit Forderungen nach höheren Mitteln für die Verbesserung von innerer Sicherheit, Gesundheits- und Bildungswesen sowie für die Integration von Immigranten. Die neue Regierung will drastische Ausgabenkürzungen durchdrücken, die wesentlich auch bei den Sozialleistungen ansetzen. Dies führte bereits zu Protesten der Gewerkschaften. Auch lässt sich noch nicht erkennen, wie gegen die schwindende Attraktivität für ausländische Investoren angegangen werden könnte. Insgesamt ist durchaus offen, ob auf mittlere Sicht eine berechenbare, den vielfältigen Herausforderungen angemessene wirtschaftspolitische Linie gefunden werden kann.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den Vereinigten Staaten stieg das

reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. In Japan übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 1¹/₄%. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um reichlich 2¹/₂%. In Westeuropa, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 3³/₄% und in Deutschland um 1¹/₄%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2001 um 2³/₄% expandiert.

In den **Niederlanden** haben Nachfrage und Produktion nach schwacher Belebung im weiteren Verlauf des Jahres stagniert. Während die Finanzpolitik annähernd konjunkturalneutral wirkte, stimulierten sowohl die Geldpolitik als auch die Lohnpolitik. Gebremst haben die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, aber auch der Kurssturz an den Aktienbörsen und das Ende der Hausse bei den Haus- und Wohnungspreisen.

Das reale **Bruttoinlandsprodukt** ist um 0,3% gestiegen, womit es im westeuropäischen Vergleich auf einen der hintersten Ränge zurückfiel. Im vierten Quartal ist die gesamtwirtschaftliche Produktion sogar etwas gesunken. Damit ist, was sich bereits 2001 abzeichnete, die Mitte der neunziger Jahre einsetzende Phase deutlich überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums vorbei. Dies zu einem erheblichen Teil aus eigenem Verschulden. Das gilt in erster Linie für den durch die Spekulation auf steigende Aktien- und Immobilienpreise überhitzten Konsumboom und die Probleme mit der Invalidenversicherung, aber auch für die rasch abnehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit infolge überzogener Lohnerhöhungen. Der Export wurde u.a. von der ab Jahresmitte spürbaren weltwirtschaftlichen Flaute erfasst; im Jahresergebnis resultierte ein Minus. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen das ganze Jahr über deutlich zurück, nachdem sie bereits 2001 gesunken waren. Retardierend wirkten erneut schrumpfende Gewinne, weiter abnehmende Kapazitätsauslastung sowie verdüsterte Absatz- und Ertragsaussichten. Demgegenüber setzte der öffentliche Verbrauch seine kräftige Expansion fort. Der private Konsum litt unter den sinkenden realen verfügbaren Einkommen, der Entwicklung auf den Kapital- und Immobilienmärkten und der abnehmenden Beschäftigung. Stärker als in den anderen westeuropäischen Ländern – mit Ausnahme Finnlands – wurden die Vorräte abgebaut. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich auf 2,7% im Jahresdurchschnitt. Der Preisanstieg war, mitbedingt durch die Euro-Bargeldeinführung, einer der stärksten in Westeuropa: die Konsumentenpreise lagen um

3,9% über dem Niveau von 2001. Die Leistungsbilanz wies einen auf 2,7% des BIP geschrumpften Überschuss aus.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** setzte sich die Mitte 2001 begonnene Rezession mit einem Minus von 3,7% fort, wobei im Verlauf ein stetiger, deutlicher Rückgang zu verzeichnen war. Die Investitionen sind auf breiter Front gesunken, obwohl die Zinsen für alle Laufzeiten weiter gefallen sind. Das gilt in erster Linie für die Ausrüstungsinvestitionen (- 5,7%). Zwar hat sich die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie nur noch wenig verringert und lag im Schnitt des Jahres lediglich um rund einen Prozentpunkt unter dem langfristigen Durchschnitt. Auch ist das Geschäftsklima im Jahresverlauf tendenziell stabil geblieben, wenn auch auf gedrücktem Niveau (allerdings immer noch deutlich über dem Stand des Rezessionsjahres 1993). Ferner sind Produktionserwartungen, Lagerbestände sowie Exportaussichten während des Jahres nicht schlechter geworden; allerdings ist auch hier die Situation ungünstiger als im langfristigen Mittel beurteilt worden. Aber die unerwartet kräftige Abschwächung der Weltkonjunktur, die damit einhergehende Exportrezession, der Rückgang der Industrieproduktion und die durch die Euro-Aufwertung mitbedingte deutlich gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit veranlasste die Unternehmen zu verstärkter Investitionszurückhaltung. Dies umso mehr, als auch hier während der vergangenen Jahre seitens der Manager erhebliche Fehlentscheidungen getroffen, eine zu expansive Politik gefahren, die Verbindlichkeiten übermäßig aufgebläht worden waren und sich die Ertragslage wesentlich bedingt durch den erheblichen Anstieg der Lohnkosten im Allgemeinen weiter erheblich verschlechtert hatte. Die Konkurse nahmen stark zu. Hinzu kamen die sehr schlechten Bedingungen für die Aufnahme von Eigenkapital im Zuge der Einbrüche auf den Aktienmärkten. Und schließlich war auch hier in den Jahren bis 2000 übermäßig in IT-Ausrüstungen sowie in die IT-Branche investiert worden, und der Abbau der Überinvestitionen hielt an. Als Folge dieser retardierenden Faktoren wurde eine Phase durchgreifender Konsolidierungen und Sparmaßnahmen eingeleitet, denen viele Investitionsprojekte zum Opfer fielen. Die Bauinvestitionen wurden ebenfalls auf breiter Front verringert. Das gilt sogar für den während der letzten Jahre stark ausgeweiteten öffentlichen Bau (sein Anteil an den Bauinvestitionen stieg auf etwa ein Viertel) mit Schwerpunkt Infrastruktur als Konsequenz der zentralen Lage im europäischen Verkehrsnetz. Hier wurde im Zuge restriktiver Finanzpolitik kräftig der Rotstift angesetzt. Der industriell-gewerbliche Bau ging infolge der Rezession bei den Ausrüstungsinvestitionen sowie wachsender Leerstände und beschleunigt sinkender Mieten für Gewerbeimmobilien ebenfalls zurück, zumal die Landwirtschaft, wie seit 1999 schon, nochmals weniger investierte. Am stärksten – um ca. 5% – nahm der Wohnungsneubau ab (die voluminmäßig etwa gleich gewichtigen Renovierungen wurden hingegen neuerlich ausgeweitet), obwohl die Zinsen wei-

ter gesunken sind und der Bedarf hoch blieb. Aber die Preise vor allem für Baugrund sind in den letzten Jahren derart gestiegen (vor allem weil die Behörden mit der Ausweisung von neuem Bauland nochmals zurückhaltender geworden sind), dass mittlerweile ganze Bevölkerungsgruppen (in erster Linie junge Familien und solche mit nur einem Verdienner) als Nachfrager ausfallen. Das wurde zuletzt umso mehr evident, als sich die realen verfügbaren Einkommen nur noch wenig erhöhten.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen ist um 1,3% zurückgegangen. Im Sommerhalbjahr wurde zwar die vorangegangene, über vier Quartale reichende Exportrezession überwunden. Doch anschließend geriet der Absatz in den Sog der weltwirtschaftlichen Flaute, zumal das Wirtschaftswachstum in Westeuropa, wohin etwa vier Fünftel des Exports gehen, im Verlauf immer schwächer wurde. Als weitere retardierende Komponente addierte sich die, in derartigen Phasen der Weltkonjunktur brisante, weitere deutliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hinzu, als Folge der hohen Lohnsteigerungen. Und schließlich belastete die weltweite IT-Krise den Export. Hier von wurde der Reexport, der fast 45% der Warenlieferungen (ohne Energieprodukte) ausmacht, schwer getroffen. Die Niederlande sind nämlich eine der internationalen Drehscheiben für Computer und andere elektronische Erzeugnisse, die eingeführt und mit geringen Applikationen wieder ausgeführt werden. Allein auf dieses Segment, das in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre im Zuge des Handy- und Internet-Booms fast explosionsartig gewachsen war, entfallen rund 40% aller Reexporte. Die **Einfuhr** ist, mitbedingt durch den Rückgang der Reexporte, um 2,3% gesunken. Bei etwas verschlechterten Terms of Trade wies die **Leistungsbilanz** einen von 3,3 (2002) auf 2,8% des BIP gesunkenen Überschuss aus.

Der **private Konsum**, der die Konjunktur in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wesentlich getragen hatte, ist bei Lohnerhöhungen um 5,5% nur um 1% gewachsen. Mehrere Faktoren wirkten erodierend. Erstens war die Teuerung auf der Verbraucherebene mit 3,9% sehr kräftig. Zweitens dämpfte die nach Jahren lebhafter Zunahme sinkende Beschäftigung das Konsumklima erheblich. Drittens wird die durch den Kurseinbruch bei Wertpapieren verursachte Vermögenseinbuße der privaten Haushalte auf ungefähr 50 Mrd. € veranschlagt. Die Neigung zur konsumorientierten Aufnahme zusätzlicher Hypotheken und sonstiger Schulden ging aber auch deshalb stark zurück, weil die Hausse bei Wohnimmobilien weitgehend auslief. Und viertens schließlich verlangten die hochgradig in Aktien engagierten Pensionsfonds höhere Prämien von den Versicherten. Der Absatz von Personenautos stagnierte etwa auf dem Niveau von 2001, und für Café- und Restaurantbesuche wurde deutlich weniger ausgegeben – während die Einzelhandelsumsätze bei Nahrungsmitteln und Getränken überdurch-

schnittlich stiegen. Der Staatsverbrauch ist lebhaft ausgeweitet worden und expandierte mit 3,7% sogar noch stärker als 2001 (3,1%).

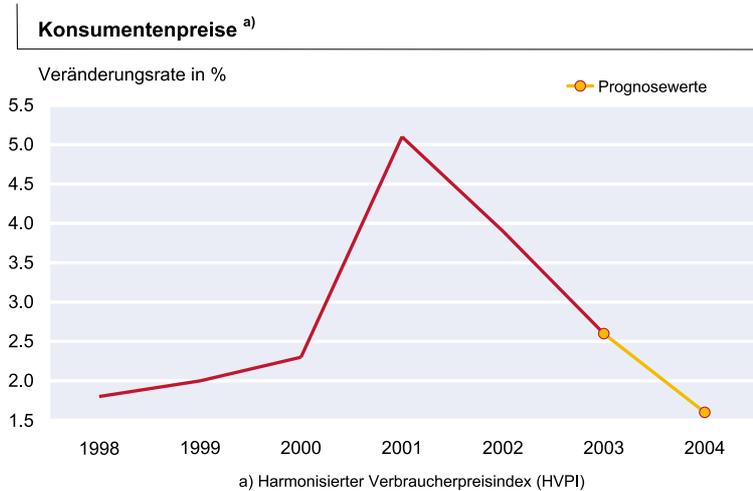
Auf dem Arbeitsmarkt ist die Lage – was sich bereits 2001 ankündigte – endgültig gekippt. Nachdem die Beschäftigung im Schnitt der Jahre 1995 bis 2000 um 2,6% ausgeweitet worden war, errechnete sich nun ein Rückgang um 0,8%. Die Arbeitslosigkeit nahm stetig zu, besonders ausgeprägt bei Männern und Jugendlichen, wie das u.a. auch in Österreich zu beobachten war. Vor allem in den Dienstleistungsbereichen, die in den neunziger Jahren geboomt hatten, wurden Kräfte freigesetzt. Andererseits hat der öffentliche Dienst per saldo eingestellt, was wesentlich die hohe Zunahme des Staatsverbrauchs erklärt. Im Jahresdurchschnitt ist die Arbeitslosenquote auf 2,7% gestiegen.

Die Konsumentenpreise lagen um 3,9% über dem Niveau von 2002. Sie stiegen nach Irland und zusammen mit Griechenland am stärksten in Westeuropa. Im späteren Jahresverlauf verlangsamte sich die Inflation, nach einem kräftigen Schub bis weit in das erste Halbjahr hinein. Ursächlich waren witterungsbedingt erheblich verteuertes Frischgemüse, kräftig steigende Energiepreise, sowie – mitbedingt durch die noch lebhaft Konjunktur – die Bargeldeinführung des Euro. Allein letztere hat die Inflationsrate nach Berechnungen der Zentralbank nicht wie zunächst angenommen um 0,5 bis 0,9 Prozentpunkte, sondern doppelt so stark erhöht. Besonders der Dienstleistungsbereich schlug mit einem Gulden/€-Verhältnis von 2:1 vielfach ungeniert auf (offiziell betrug der Wechselkurs 2,2:1), vereinzelt sogar im Verhältnis ein Gulden gleich einen Euro.

Wirtschaftspolitik

Die Geldpolitik gibt der Konjunktur noch bis ins Jahr 2004 hinein Impulse. Die Finanzpolitik wirkt hingegen restriktiv. Auch die Lohnpolitik bremst etwas, und der stark gefallene Wechselkurs des US-Dollar macht der Exportwirtschaft zu schaffen.

Von der Geldpolitik bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen. Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) seit Mai 2003 nicht mehr an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumentenpreise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% p.a. im Jahresdurchschnitt, fest (nunmehr soll die Inflationsrate mittelfristig »nahe 2%« liegen). Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lockerung im Gefolge der



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstum verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölvertéuerung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,2% (im April 2003 um 8,7% über dem Niveau vom April 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung eines Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um 1/4 Prozentpunkt auf 4,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75% und im März 2003 auf 2,5% und im Juni auf 2% herabgesetzt. Hiervon wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Und selbst wenn es zu keiner weiteren monetären Lockerung kommt, wird der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hineinreichen. Für die Niederlande wären die Zinsen mit Blick auf die flau Konjunktur-entwicklung auch dann noch etwas zu hoch. Unter stabilitätspolitischen Aspekten sind sie jedoch angesichts der immer noch spürbar über der 2-Prozent-Marke liegenden Teuerung zu niedrig. Auch heuer wird die Teuerung stärker sein als im westeuropäischen Durchschnitt; nach dem ölpreisbedingten Preisschub im zurückliegenden Winterhalbjahr trat ab dem zweiten Quartal 2003 konjunkturbedingt eine Beruhigung des Preisauftriebs ein. Dies, obwohl der Euro 2002 in Relation zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen hat. Im April 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dol-

lar im Vorjahresvergleich 22,6%, wobei der Euro-Kurs aber immer noch unter den Niveau der Jahre 1997 und 1998 lag, diesen zuletzt jedoch überschritt. Zur Aufwertung haben neben der Zinsdifferenz gegenüber den USA und deren hohen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefiziten, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die Finanzpolitik war 2002 trotz neuerlicher Steuerentlastungen leicht restriktiv ausgerichtet, da den konjunkturell bedingten Einnahmeausfällen mit erheblichen Ausgabenabstrichen begegnet wird. Gleichwohl geriet der Finanzierungssaldo der öffentlichen Hand mit 1,1% des BIP ins Defizit, womit die Konsolidierungsphase 1999/2001, während derer Überschüsse erzielt worden waren, ein harsches Ende fand. 2003 wird sich der Fehlbetrag erhöhen. Denn die für die Jahre 2002/2006 vorgesehenen Einsparungen von 7,8 Mrd. € gegenüber der mittelfristigen Haushaltsplanung werden nicht reichen, um 2003 einen Anstieg der Finanzierungslücke auf 1³/₄% des BIP zu verhindern, womit das parteiübergreifende Ziel von 1/2% des BIP klar verfehlt würde und die Staatsverschuldung auf rund 53% des BIP steigt. Das Wirtschaftswachstum dürfte nämlich noch schwächer ausfallen als erwartet, die Steuererleichterungen der letzten Jahre zeigen ihre Langzeitwirkung, die Steuer- und Abgabenerleichterungen belaufen sich heuer auf 500 Mill. € als Gegenleistung für die gewerkschaftliche Zusage moderater Lohnanhebungen, der Grundfreibetrag wurde angehoben (um den Übergang von der Arbeitslosigkeit zur Berufstätigkeit attraktiver zu machen), und die Ausgabensteigerungen für das Gesundheitswesen und die innere Sicherheit dürften höher ausfallen als budgetiert. Auch wird der starke Anstieg steuerlich absetzbarer Prämienzahlungen für die Pensionsfonds noch ausgeprägter sein als befürchtet, was die Steuereinnahmen entsprechen drückt. Die neue Regierung hat für die Legislaturperiode 2003/2007 Einsparungen von fast 15 Mrd. € beschlossen. Die Sparbemühungen umfassen u.a. eine Verringerung der Stellen sowie besondere Lohnmäßigung im öffentlichen Dienst, verringerte Leistungen für Arbeitslose sowie die Einschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit für Aufwendungen von Unternehmen und Privaten (vor allem der schnell steigenden Beiträge zur Krankenversicherung). Bei der beliebten Berufsunfähigkeitsversicherung mit knapp einer Million »Invaliden« werden strengere Maßstäbe angelegt. Die Steuerfreiheit der Weihnachtsspendung ist ebenso gestrichen worden wie Steuerermäßigungen beim Kauf umweltfreundlicher Autos. Derzeit werden weitere Möglichkeiten zur Einnahmensteigerung sowie von Ausgabenabstrichen geprüft. Diese greifen jedoch erst 2004 voll. Sie werden trotz günstigerer Konjunktorentwicklung kaum ausreichen, um eine Zunahme des

öffentlichen Finanzierungsdefizits auf 2¹/₄% des BIP und der staatlichen Schuldenquote auf 53³/₄% zu verhindern.

Die Lohnpolitik spielt im Rahmen des sich wiederbelebenden korporativistischen »Polder-Modells« eine wichtige Rolle bei der Verlangsamung des Arbeitskostenanstiegs und der Inflationsbekämpfung. Auf diese Weise soll die langjährige Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gestoppt werden. Dabei wird allerdings vielfach übersehen, dass verschiedentlich abnehmende Qualität in den letzten Jahren zur ungünstigeren Export-Performance beigetragen hat. Ende 2002 haben sich Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Regierung im Rahmen eines »Central Akkoord« für 2003 auf Lohnerhöhungen von 2,5% geeinigt (hinzu addiert sich der Überhang von 2002, so dass sich die Löhne gegenüber 2002 insgesamt um etwa 4% erhöhen). Die Regierung sagte Abgabenerleichterungen im Umfang von 500 Mill. € zu; u.a. sinkt der Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung, und die Abzugsfähigkeit der »save-as-your-earn«-Zahlungen steigt. In den Jahren davor waren die Löhne aus dem einkommenspolitischen Ruder gelaufen – sie waren im Schnitt der Jahre 1999/2002 mit 4,7% p.a. jeweils deutlich stärker gestiegen als vereinbart und zuletzt fast doppelt so stark wie im westeuropäischen Durchschnitt. Auch die Reallöhne, welche gemäß geltender Faustregel schwächer zunehmen sollten als in Deutschland, steigen seit Jahren spürbar stärker als beim östlichen Nachbarn. Das Nachlassen der Lohndisziplin, auf welcher der langjährige Erfolg des »Polder-Modells« beruhte, war in den letzten Jahren auf die überhitzte Lage am Arbeitsmarkt, aber auch auf das von Öffentlichkeit, Politikern, Aktionären und Gewerkschaften heftig kritisierte ungenierte Vorgehensweise von Managern bei der Zubilligung von Gehältern, Prämien und Aktienoptionen zurückzuführen. Die neue Regierung will dem ab 2004 einen Riegel vorschieben. Erst kürzlich hat der Allfinanzkonzern ING, öffentlichem Druck nachgebend, die geplante Erhöhung der Managergehälter um 60% über drei Jahre hinweg kassiert. Dies, und die unerfreuliche Wirtschaftslage könnte dem »Polder-Modell« – so genannt nach dem konsensualen Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen bei Bau, Entwässerung und dem Urbarmachen von Eideichungen – wieder Auftrieb geben. Es hatte, basierend auf dem 1982 zwischen Regierung und Sozialpartnern geschlossenen »Akkord van Wassenaar«, das Land aus der »Dutch disease« der siebziger und frühen achtziger Jahre herausgeführt und die Basis gelegt für den vielbestaunten Produktionsaufschwung während der neunziger Jahre bei moderater Teuerung, günstiger Arbeitsmarktlage, aktiver Leistungsbilanz sowie fortschreitender Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Ordnungspolitisch bedeutsam ist, dass Privatisierungen nun weitestgehend auf Eis liegen. Die Entstaatlichung der Eisenbahn würde man sogar am liebsten wieder rückgängig machen, mit Blick auf deren – wie in Großbritannien – desolate

Leistungen im laufenden Betrieb und ihre verkommene Infrastruktur. Auch mit der Öffnung des Strommarktes geht es nicht voran, weil die bei der bisherigen Privatisierung und Liberalisierung des Elektrizitätssektors begangenen Fehler bei den weiteren Schritten vermieden werden sollen. Ferner will die EU-Kommission das seit vielen Jahren bestehende, wettbewerbsverzerrende spezielle Steuerregime für internationale Finanzierungsaktivitäten beseitigen.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₄%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um ca. 1%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um 2³/₄% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 1¹/₂% ausgeweitet; für die EU ist eine etwa gleich hohe, für den Euro-Raum eine etwas niedrigere Rate zu erwarten, und in Deutschland steigt es um knapp 1¹/₄%. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 8%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 4%.

Die niederländische Wirtschaft steckt seit einigen Jahren und wohl auch noch auf absehbare Zeit in einem Formtief, auch als Reaktion auf den Boom in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Wesentliche Kennzeichen sind sehr geringes Wirtschaftswachstum, rasch steigende Arbeitslosigkeit, schwindende internationale Wettbewerbsfähigkeit infolge kräftiger Lohnerhöhungen und verschiedentlich ungenügender Qualitätsorientierung, geringe Produktivitätsfortschritte, überdurchschnittlich hohe Inflationsraten, in Schiefelage geratene Staatsfinanzen, problematische Entwicklung der Sozialversicherungssysteme sowie die infolge des im westeuropäischen Vergleich sehr hohen Aktienengagements der privaten Haushalte besonders retardierenden Folgen der Baisse an den Aktienbörsen. Ferner haben sich die privaten Haushalte, und hier vor allem junge Familien mit Doppelverdienern, in den Jahren bis 2001 animiert von Aktienhausse und schnell steigenden Immobilienpreisen derart kräftig verschuldet, dass sie unter Einschluss der Hypotheken die höchste Verschuldung aller Industrienationen aufweisen; die Hypothekenverschuldung gerade auch zu konsumtiven Zwecken war von den Finanzinstituten durch großzügige Vergabe und seitens des Staates durch die zu 50% mögliche steuerliche Absetzbarkeit der hierauf fälligen Zinsen kräftig gefördert worden. Für das Dauerproblem der knapp eine Million Invalidenrentner der WAO zeichnet sich keine Lösung ab. Diese Versicherung wird häufig missbraucht

und verursacht Kosten von rund 10 Mrd. € pro Jahr (gemessen am BIP ist das, wie auch in der Schweiz und in den skandinavischen Ländern, spürbar mehr als im Schnitt der OECD-Länder), welche gerade auch kleinere Unternehmen schwer belasten. Ferner sind rund ein Drittel der etwa 1 000 Pensionsfonds – sie haben ca. die Hälfte ihrer Aktiva in Aktien investiert! – in Schwierigkeiten. Problematisch sind außerdem Bilanzmanipulationen, zu denen es auch in größerem Stil gekommen ist. Ferner waren im Bausektor über Jahrzehnte hinweg an sich verbotene Kartell- und Preisabsprachen üblich, die vom größten Teil der Branche mitgetragen wurden und private sowie öffentliche Bauherrn erheblich schädigten. Und schließlich ließ das Management gerade großer Firmen auch noch den in den Niederlanden verbreiteten Sinn für soziale Kohärenz vermissen, was zur Lohninflation, verbreitetem öffentlichen Unmut und der Agonie des »Polder-Modells« führte. Doch der erste Schritt zur Belebung desselben wurde mit dem »Centraal Akkoord« für 2003 bereits getan, und es gibt zunehmend Stimmen auch seitens der Administration, welche eine energische Vitalisierung dieses bei der Sanierung der Volkswirtschaft bewährten Mediums fordern. Auf dieser Basis wäre unter dem Druck der Schwierigkeiten und vielfältigen Ernüchterungen schon auf mittlere Sicht eine allgemeine Neubesinnung möglich, um die vielfältigen Probleme mittels breit basierter Sozialkontrakte in den Griff zu bekommen. Auch bleiben die Niederlande eine der wichtigsten wirtschaftlichen Drehscheiben Europas, der Bankensektor ist weitgehend stabil, die Investitionen in Forschung und Entwicklung liegen etwas über dem Eu-Durchschnitt von 1,9% des BIP, und die Staatsverschuldung liegt mit etwa 53% des BIP erheblich unter dem Schnitt der westlichen Industrieländer.

In den Niederlanden wird die Konjunktur auch heuer erheblich von den im vorangegangenen Boom entstandenen wirtschaftlichen Fehlentwicklungen bestimmt, d.h. gedämpft. Retardierend wirken auch Finanzpolitik und der gestiegene Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar. Die Geldpolitik hingegen stimuliert. Aus alledem resultiert der weitere langsame Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal (womit die Niederlande in einer leichten Rezession stecken) sowie eine bis in den Sommer hinein etwa stagnierende Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Anschließend belebt sich die Konjunktur im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung allmählich. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte lediglich um 1¹/₄% expandieren. Dabei nimmt der private Konsum gegenüber dem Vorjahr kaum zu, während Staatsverbrauch und Bruttoanlageinvestitionen zurückgehen. Der Export steigt schwach. Da aber auch der Import wenig zunimmt und sich die Terms of Trade spürbar verbessern, erhöht sich das Aktivum der Leistungsbilanz auf eine Größenordnung von 4% des BIP. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich das ganze Jahr über weiter, was bei rückläufiger Beschäftigung im Schnitt in einer Arbeitslosenquote von 4¹/₂% resultiert. Der Preisaufruf

verlangsamt sich bis in das zweite Semester hinein; im Jahresdurchschnitt dürften die **Konsumentenpreise** um knapp $2\frac{3}{4}\%$ steigen.

Der **private Konsum**, auf den rund 50% des realen BIP entfallen, dürfte lediglich um $\frac{1}{4}\%$ zunehmen. Im Verlauf bedeutet das eine tendenzielle Stagnation, zunächst aber einen Rückgang. Hierauf lässt auch das weiterhin, zuletzt sogar beschleunigt verschlechterte, auf der Basis von Verbraucherumfragen ermittelte, Konsumklima schließen. Im Mai wurde sogar der während der rezessiven Phase im Jahr 1993 verzeichnete Stand unterschritten. Retardierend wirkt vor allem die ausgeprägte Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Ferner belasten die massive Anhebungen der Prämienzahlungen für die Pensionsfonds. Sie wurden beispielsweise von dem für die im Gesundheitswesen Beschäftigten zuständigen Fond PGGM von 7,6% (2002) auf heuer 10,3% des Bruttoverdienstes angehoben. Auch erhöht sich die Steuerbelastung. Dämpfend machen sich zudem die gesunkenen Aktienkurse und Häuserpreise bemerkbar. Die realen verfügbaren Einkommen verharren etwa auf dem Stande von 2002, und die Sparquote steigt etwas. Der **öffentliche Verbrauch** (knapp ein Viertel des realen BIP) dürfte leicht zurückgehen im Zuge der verstärkten Bemühungen um die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (der Anteil am realen BIP liegt bei einem Fünftel) werden nochmals – um $1\frac{1}{2}\%$ – eingeschränkt, obwohl die Finanzierungskosten weiter gesunken sind. Überdurchschnittlich nehmen die Ausrüstungsinvestitionen ab. Denn die Kapazitätsreserven sind erheblich. Das auf der Grundlage von Unternehmensbefragungen ermittelte Geschäftsklima bleibt zunächst noch gedrückt, weil die Absatz- und Ertrags Erwartungen eher pessimistisch sind, vor allem mit Blick auf die europäische Konjunktur und den Kursanstieg des Euro. Investiert wird ganz überwiegend in die Rationalisierung und in den Ersatz veralteter Anlagen (was beides kapazitätserhöhende Effekte hat) vorwiegend, um den Anstieg der Lohnstückkosten möglichst weitgehend zu kompensieren. Auch das Bauvolumen schrumpft vermutlich. Zwar lassen die Baugenehmigungen auf eine Überwindung der Rezession im Wohnungsneubau schließen. Im späteren Jahresverlauf bremst jedoch das immer noch sehr hohe Preisniveau den Aufschwung, das einen Haus- oder Wohnungskauf für sehr viele Wohnungssuchende zumal bei stagnierenden realen verfügbaren Einkommen unerschwinglich macht. Ferner verfahren die Behörden bei der Ausweisung von neuem Bauland noch restriktiver als bisher schon. Und schließlich hat die Verschuldung der privaten Haushalte einen sehr hohen Stand erreicht, und die Finanzinstitute sind infolge ihrer Renditeprobleme mit der Vergabe von Hypotheken weniger großzügig als zuvor. Allerdings wird neuerlich mehr in Renovierungen und Instandsetzungen investiert. Das gilt besonders für die Verwalter von Sozialwohnungen,

die ihren vielfach sehr unmodernen Bestand modernisieren wollen. Das Geld hierzu beschaffen sie sich durch den Verkauf von Wohnungen an die Mieter. Im industriell-gewerblichen Bau bestimmen rückläufige Ausrüstungsinvestitionen, wachsende Leerstände und sinkende Mieten sowie die 2002 rückläufige Zahl der Baugenehmigungen die Entwicklung, so dass hier mit einem deutlichen Einbruch zu rechnen ist. Der öffentliche Bau könnte etwas zulegen im Zuge der Bemühungen, die auch in baulicher Hinsicht vielfach nicht mehr ganz zeitgemäßen Gesundheits- und Erziehungssektoren zu verbessern. Andererseits wird in Gebäude des Justizwesens und der allgemeinen Verwaltung weniger investiert, da hier der Bestand dank erheblicher Erhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen während der letzten Jahre erheblich modernisiert wurde.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen, auf die etwa zwei Drittel des realen BIP entfallen, dürfte lediglich um rund 2% zulegen. Im Verlauf bedeutet das nach annähernder Stagnation im ersten Halbjahr eine allmähliche Belebung im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung und des internationalen Lageraufbaus, von dem die stark ausgebaute Grundstoffchemie erfahrungsgemäß erheblich profitiert. Zwar erweist es sich jetzt als Vorteil, dass reichlich vier Fünftel der Warenexporte in West-, Mittel- und Osteuropa abgesetzt werden und weniger als 10% direkt vom Kursverfall des US-Dollars betroffen sind. Der gleiche Umstand ist jedoch derzeit insofern ein Nachteil, als die europäische Wirtschaft heuer nur sehr verhalten expandiert. Hinzu kommen die immer noch rascher als im westeuropäischen Durchschnitt steigenden Lohnstückkosten mit der Folge einer weiteren Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Die **Einfuhr** nimmt etwa im Rhythmus der Ausfuhr zu. Bei günstigeren Terms of Trade dürfte sich das Aktivum der **Leistungsbilanz** auf eine Größenordnung von 4% des BIP erhöhen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** – einem Nachläufer der Konjunktur – setzt sich die deutliche Verschlechterung der Lage das ganze Jahr über fort, auch wenn die Konjunktur im zweiten Semester allmählich wieder aufwärts tendiert. Die Beschäftigung dürfte um $\frac{3}{4}\%$ abnehmen, und die Arbeitslosenquote steigt vermutlich im Schnitt des Jahres auf reichlich $4\frac{1}{2}\%$. Bei Arbeitskräften unter 25 Jahren dürfte die Quote etwa doppelt so sein. Vielfach sind die Entlassungen gerade dort besonders ausgeprägt, wo während der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, stimuliert durch New Economy und Arbeitsmarktflexibilisierung, neue Stellen entstanden waren. Der Drang in die Invalidenrente wird bei diesen verschlechterten Bedingungen eher noch stärker, obwohl die Behörden bemüht sind, diesen zurückzubinden. Dadurch dürfte es auf absehbare Zeit unmöglich sein, die Erwerbsbeteiligungsquote, die mit rund 68% immer noch eine der niedrigsten in Westeuropa ist, wie geplant stärker dem bei 71% liegenden EU-Durchschnitt anzunähern.

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten
– in % –

	2001	2002 ^{a)}		2003 ^{a)}			2004 ^{a)}		
		EU ^{c)}	CPB ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	CPB ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	
Bruttoinlandsprodukt	1,3	0,3	0,8	0,5	0,7	1,8	1,7	1,9	
Inlandsnachfrage	1,4	- 0,2	0,4	0,4	0,6	1,8	1,6	2,7	
Privater Verbrauch	1,2	1,0	0,8	0,8	1,2	1,8	1,5	2,3	
Staatsverbrauch	3,1	3,7	0,0	0,0	0,2	1,5	1,4	0,8	
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,8	- 3,7	- 1,1	- 0,9	- 0,7	1,3	2,0	1,2	
Exporte ^{e)}	1,7	- 1,3	2,5	2,4	1,4	5,3	5,1	7,0	
Importe ^{e)}	1,9	- 2,3	3,0	2,4	1,4	5,5	5,4	8,7	
Industrieproduktion (ohne Bau)	1,4	- 2,1	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	
Konsumentenpreise (HVPi)	5,1	3,9	2,3	2,7	2,4	1,0	1,5	1,5	
Arbeitslosenquote	2,4	2,7	5,3	4,2	4,1	6,3	5,1	5,0	
Leistungsbilanz (Saldo) ^{f)}	3,3	2,8	3,8	3,8	3,1	4,5	4,3	2,5	
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	0,1	- 1,1	- 1,6	- 1,6	- 1,6	- 2,4	- 2,4	- 2,0	

^{a)} Vorläufige Daten. – ^{b)} Schätzungen. – ^{c)} Centraal Planbureau, s' Gravenhage, vom Mai 2003. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom März 2003. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2003. – ^{f)} Güter- und Dienstleistungen. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die Konsumentenpreise liegen um 2 1/2% über dem Niveau von 2002. Im Verlauf bedeutet das nach dem ölpreisbedingten Preisschub zu Jahresbeginn eine spürbare Verlangsamung – mit Blick auf die Entwicklung der Großhandelspreise – etwa ab der Jahresmitte. Stabilisierend wirken neben der konjunkturellen Flaute die Importpreise im Allgemeinen, besonders aber der Rückgang der Ölpreise. Zudem fallen die im Vorjahr inflationären Effekte (u.a. die Einführung des Euro-Bargeldes) weg. Preistreibend wirkt indes weiterhin der Lohnauftrieb. Denn einschließlich Überhang werden die Löhne im Jahresdurchschnitt um rund 4% und die Lohnstückkosten um 3 1/4% steigen.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 3 1/4%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um 1 1/4% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3 1/4%. In Westeuropa, der EU und im Euroraum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 2%; in Deutschland expandiert es um 1 3/4%. Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 23 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 10% mehr als 2003. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,10 bis 1,20 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 6 1/2% ausgeweitet werden.

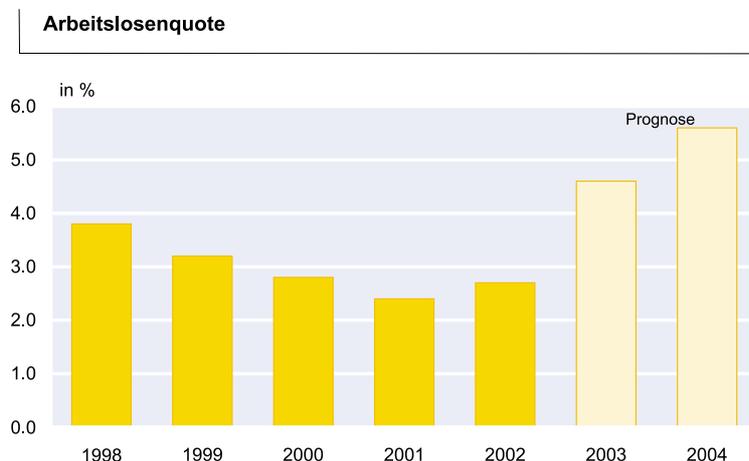
In den Niederlanden gewinnt die Konjunktur im Laufe des Jahres weiter an Dynamik. Stimulierend wirkt vor allem der Export im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs, während von der Wirtschaftspolitik wenig Hilfestellung zu erwarten ist. Zwar lässt die retardierende Wirkung der Euro-

Aufwertung allmählich nach. Aber die von der Geldpolitik ausgehenden Anregungen werden schwächer, die Lohnpolitik bleibt stabilisierungsorientiert, und die Finanzpolitik hält am restriktiven Kurs fest. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um gut 1 1/2% expandieren. Dabei wird die langjährige Rezession der Bruttoanlageinvestitionen überwunden. Der Staatsverbrauch nimmt kaum, der private Konsum verhalten zu. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Situation erst im späteren Verlauf des Jahres, so dass die Arbeitslosenquote annähernd auf dem Stand von 2003 verharrt. Die Stabilisierung des Preisniveaus setzt sich fort; im Jahresdurchschnitt dürften die Konsumentenpreise um 1 1/2% steigen. Die Leistungsbilanz schließt wieder mit einem Überschuss in der Größenordnung von 4% des BIP.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen nimmt vermutlich um etwa 5% zu. Im Verlauf beleben sich die Lieferungen beschleunigt, angeregt von der günstigeren Konjunktorentwicklung in Europa und in Übersee. Außerdem dürfte die IT-Branche dann wieder kräftiger im Aufwind liegen. Hinzu kommt die starke Stellung bei der Produktion von Zwischenprodukten – das gilt besonders für die Großchemie –, welche vom fortschreitenden weltweiten Lageraufbau profitiert. Da die Rohstoffe und Vorprodukte meist in Dollar fakturiert gekauft werden, bildet die im Laufe des Jahres deutlich abklingende Wirkung der Euro-Aufwertung zumindest auf diesem Gebiet kein nennenswertes Handicap. Auch in anderen Sektoren wird die aufwertungsbedingte preisliche Benachteiligung beim Export teilweise durch ebenfalls aufwertungsbedingte Verbilligungen beim Einkauf ausgeglichen. Allerdings bleibt nach wie vor die lohnkostenbedingt fallende preisliche Wettbewerbsfähigkeit bestehen, die in erste Linie dazu beiträgt, dass nochmals Weltmarktanteile verloren gehen. Der Import dürfte kaum rascher zunehmen als der Export. Bei nochmals verbesserten Terms of Trade ist neuerlich mit einem Überschuss der Leis-

tungsbilanz in einer Größenordnung von 4% des BIP zu rechnen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften um ca. 1% expandieren, also aus der jahrlangen Rezession herausfinden. Mit anziehender Nachfrage, günstigeren Absatz- und Ertragsaussichten sowie steigender Kapazitätsauslastung dürften in erster Linie die Ausrüstungsinvestitionen anziehen. Auch bleiben die Finanzierungskosten niedrig, und im Laufe der langen Investitionsflaute ist einiges an Ersatzbedarf angelaufen. Und schließlich wird verstärkt in die Rationalisierung investiert, um die Erosion der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland zu bremsen. Zu Erweiterungsinvestitionen kommt es hingegen erst ansatzweise. Auch die Bauinvestitionen dürften aus der rezessiven Phase herausfinden. Das wird indes nur allmählich geschehen, da die öffentliche Hand auf welche knapp ein Viertel des Bauvolumens entfällt, infolge der konsolidierungsorientierten Finanzpolitik kaum Spielraum für eine Erhöhung der Investitionen hat. Diese werden wiederum auf das Erziehungs- und Gesundheitswesen konzentriert. In die Substanzerhaltung dürfte nach zweijährigem Rückgang mehr als 2003 investiert werden. Der industriell-gewerbliche Bau belebt sich erst im weiteren Verlauf des Jahres im Zuge der expandierenden Ausrüstungsinvestitionen. Bei Büro- und Geschäftsräumen verhindern die Leerstände zunächst noch eine Ausweitung des Bauvolumens. Die leicht aufwärts gerichtete Entwicklung im Wohnungsbau wird überwiegend von Renovierungen sowie Um- und Ausbau (hierauf entfällt rund die Hälfte des Wohnungsbaus) getragen, während der Wohnungsneubau sehr verhalten zunimmt. Zwar sind die Finanzierungskosten weiter günstig. Aber die Hypothekarinstitute bleiben bei der Vergabe von Mitteln zurückhaltend, die realen verfügbaren Einkommen steigen nur langsam, und die hohe Verschuldung der privaten Haushalte wirkt retardierend.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Der **private Konsum** erhöht sich um 1¼%. Im Verlauf beschleunigt sich die Expansion langsam, zumal etwa ab Herbst eine Besserung der Arbeitsmarktlage einsetzt und die Zinsen niedrig bleiben. Die Zuwachsraten entsprechen zwar etwa den Reallohnerhöhungen, aber nicht ganz dem Anstieg der realen verfügbaren Einkommen. Denn die Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten betreffen nicht nur die konsumtiven Ausgaben des Staates, sondern auch die Transferzahlungen einschließlich der Sozialleistungen. Sogar die unteren Einkommenskategorien, deren marginale Konsumquote besonders hoch ist, bleiben nicht verschont. Zudem ist mit weiteren Anhebungen der Prämienzahlungen zu den Pensionsfonds zu rechnen. Da der Sparkurs in den nächsten Jahren fortgesetzt werden soll, dürfte zudem die Sparquote nochmals steigen. Der Absatz langlebiger Konsumgüter wird moderat expandieren, einschließlich der beliebten so genannten ABC-Produkte (Auto, Boot, Caravan), auch weil der Wohnungsneubau nur langsam voran kommt. Der **Staatsverbrauch** expandiert um etwa ½%.

Auf dem **Arbeitsmarkt** zeigen sich die Folgen der konjunkturellen Belebung mit großer Verzögerung. Erst ab dem zweiten Halbjahr ist mit einer allmählichen Verbesserung der Lage zu rechnen. Die Beschäftigung steigt erst ansatzweise, aber die Arbeitslosigkeit geht etwas zurück. Es ist trotz der sehr liberalen Arbeitsmarktgesetzgebung nicht mit einer Welle von Neueinstellungen zu rechnen, wie sie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und noch zu Beginn des laufenden Jahrzehnts auftrat. Denn der damalige Boom der New Economy und des IT-Sektors wiederholt sich auf absehbare Zeit ebenso wenig wie die weit verbreitete Knappheit an qualifizierten Kräften. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres bei reichlich 5¼% liegen.

Der **Preisaufrtrieb** setzt sich in moderatem Tempo fort. Stabilisierend wirken spürbar langsamer zunehmende Lohnstückkosten (auch infolge des verlangsamten Lohnanstiegs), schwächer steigende Importpreise im Verein mit scharfer Importkonkurrenz sowie der noch verhaltene konjunkturelle Aufschwung, so dass auf der Angebotsseite noch keine Spannungen entstehen. Inflationär wirken weiterhin die Prämienanhebungen der Pensionsfonds. Die **Konsumentenpreise** liegen um 1½% über dem Niveau von 2003.

Abgeschlossen am 5. Juni 2003